



KOSTENLOS

# Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 209

Wilhelmshaven

Juli 2005

## Chemie und Tourismus

Ist die chemische Industrie plötzlich umweltverträglich und an guter Nachbarschaft interessiert? -Seite 3-



## Cracker

Was passiert auf dem Voslapper Groden? Welche Auswirkungen hat die Erweiterung des PVC-Werkes auf den Tourismus? Ein erstes Herantasten an die Antworten finden Sie auf Seite 3.

Der Ex-Walli-Ratsherr Joachim Tjaden bekommt ja viel mit, was in unserer Stadt so passiert. Wir freuen uns über seinen Rundschlag auf Seite 5.

Unsere Bürgermeisterin Marianne Fröhling hat genug von der Kommunalpolitik. Wir fragen auf Seite 6 nach den Hintergründen ihres angekündigten Rückzuges.

Seit der Kanzler Neuwahlen noch in diesem Jahr ausgelobt hat, überschlagen sich bei der Wahlalternative die Ereignisse. Wir sprachen mit Werner Dalichow über "Linksbündnis", Lafontaine und Gysi, die neuen Töne bei der SPD und wie es nun mit der WASG weitergehen wird. Auf Seite 8 geht's los.

Um Depressionen, Schizophrenie und Selbstverletzung ging es u.a. auf der Veranstaltung "Psychiatrie am Meer" im Juni im Terramare. Auf Seite 9 erfahren Sie, warum der Gegenwind darüber berichtet.

"Ich kaufe hier" ist eine Aktion der Zeitungen aus der Region, um die Kaufkraft hier vor Ort zu binden. Warum wir damit so unsere Probleme haben, können Sie auf Seite 10 nachlesen.

Die Leserbriefे finden Sie diesmal auf unserer Seite 11, Meldungen und Kurznachrichten sind wie immer quer durchs Heft verstreut.

# meldungen

## Der Gegenwind

war ohne die kleine Anzeige des Buchladens 'Lesen und Schreiben' nicht komplett. Nachdem Christa Wahnbeck uns über so viele Jahre treu begleitet hat, wird sie ihren Laden nun endgültig dicht machen. "Die Menschen hier in der Gegend haben kein Geld mehr, sich Bücher zu kaufen" bringt Christa gegenüber dem Gegenwind die Ursache der Misere auf den Punkt. Nicht nur der Gegenwind, ganz Wilhelmshaven wird durch die Schließung des doch 'besonderen' Buchladens ärmer. (hk)



**TRIANGEL**  
second-hand-shop

An- und Verkauf von  
Schallplatten und CD's  
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics  
u.v.m.  
Bahnhofstr. 7 \* 26382 Wilhelmshaven  
Tel.: (04421) 4 21 84

## Der Gegenwind

ist nicht das Verlautbarungsorgan der Gegner des JadeWeserPorts. Dass der Gegenwind ihnen eine Plattform bietet, liegt ausschließlich an der monopolistischen Pressestruktur Wilhelmshavens. Wir zitieren aus dem Protokoll der Landtagssitzung vom 18. Mai 2005:

**"Thomas Oppermann (SPD):** (...) In Wilhelmshaven ist in einem Grundsatzvertrag und in einem Kooperationsvertrag vereinbart worden, dass die Grundstücke in einer Vermarktungs- und Immobiliengesellschaft gemeinsam vermarktet und erschlossen werden. Ich möchte zitieren, was Dr. Erdmann bei den Langeooger Gesprächen auf ein Zitat im Magazin Gegenwind geantwortet hat:

*"Zuerst werden die allein Niedersachsen gehörenden Flächen, besonders die 170 ha Hafengroden, bis auf den letzten Quadratmeter vermarktet, bevor Flächen der Städte und Gemeinden vermarktet werden dürfen. Und diese Vermarktung wird vom Land*

*Niedersachsen selbst, ohne die Städte und Gemeinden, gemacht. Da redet uns niemand rein.'*

*Das sagte der in der Stabsstelle für den JadeWeserPort zuständige Mitarbeiter des Ministers. Das ist nicht der Geist des Vertrages, den Sie mit der Stadt Wilhelmshaven abgeschlossen haben.*

**(Björn Thümler [CDU]:** Das ist doch nicht wahr!)

*Präsident Jürgen Gansäuer: Herr Oppermann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Biester?*

**Thomas Oppermann (SPD):** Ja, bitte schön!  
**Dr. Uwe Biester (CDU):** Herr Oppermann, ist Ihnen bekannt, dass die Zeitung Gegenwind quasi das offizielle Organ der Gegner des JadeWeserPorts ist?

**Thomas Oppermann (SPD):** Das muss aber doch nicht heißen, dass sie falsch zitiert. Das kann durchaus korrekt zitiert sein."

War es natürlich auch. Schade nur, dass der Herr Biester immer wieder in ideenlose Polemik verfällt. (hk)

## Unser Fotograf

und Ideengeber Frank Tunnat hat die Redaktion des Gegenwind verlassen müssen, um in Hannover den Beruf eines Kameramannes von der Pike auf zu erlernen. Nach erfolgreichem Studium an der Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg wird ihm dieser Schritt wohl auch gelingen. Die Gegenwind-Redaktion wünscht Frank viel Erfolg. (red)

## Pressemitteilung

### Zusammenlegung der BBS 1 und BBS Friedenstraße

Der Vorstand des Stadelternrates Wilhelmshaven lehnt die von der städtischen Verwaltung vorgeschlagene Zusammenlegung der zwei Berufsbildenden Schulen zum Schuljahr 2006/2007 einstimmig ab. Der Vorstandsbeschluss wurde am 21.06.2005 durch die 3. Stadelternratsitzung im Schuljahr 2004/2005 zustimmend zur Kenntnis genommen.

#### Begründung für die Entscheidung:

- Die räumliche Trennung der Schulstandorte wird über Jahre zu Verschleißerscheinungen bei der Lehrer- und Schülerschaft führen.
- Die eindeutige Ablehnung der Gesamtkonferenz der BBS 1 und das nicht eindeutige positive Votum des Lehrerkollegiums der BBS Friedenstraße bilden keine tragende Grundlage für die geplante "Zwangshochzeit".
- Die gute und innovative Schularbeit bei der BBS 1 in ihrer eigenen Verantwortung sollte wie bisher weitergeführt werden.
- Der Verlust von einer kompletten Schulleitung und 2 Koordinatoren wird sich bedingt durch den "Standortnachteil" negativ auswirken.
- Die zeitlich beschränkte Neubesetzung der "kollegialen Schulleitung BBS 1" (7 Jahre) lässt eine überschaubare Zeitspanne zu, die Schülerzahlensituation an der BBS 1 weiter zu verfolgen.

➤ Eine Neubewertung der Situationen an den BBS-Schulen kann spätestens 2012 neu erfolgen. Bei dramatischen negativen Entwicklungen können die Schulen, die städtische Verwaltung oder die Politik auch früher reagieren bzw. korrigieren.

➤ ProReKo zwingt nicht zur "Zusammenlegung", auch die vorhandenen Systeme können in ihrem Aufgabenfeld erfolgreich wirtschaften.

➤ Die städtischen Einsparungen von ca. 35.000 € dürfen bei einer derartigen komplexen Entscheidung keine Rolle spielen.

➤ Die Berufsbildenden Schulen in Wilhelmshaven werden sich aus eigener Kraft und dem Willen zur Stärkung ihrer regionalen Position positiv weiterentwickeln.

➤ Beide Schulen werden aufgerufen, im Rahmen der "Kooperation" vernünftige und tragfähige Konzepte vorzulegen. Spätestens im Jahr 2012 stehen die Schulentwicklungen der Gymnasien, der Realschulen und der Hauptschulen auf Grund sinkender Schülerzahlen auf der Agenda. Im Rahmen der dann zu führenden Diskussion kann der "BBS-Campus"-Plan vielleicht Wirklichkeit werden und somit die organisatorische Neuordnung der Berufsbildenden Schulen in Wilhelmshaven.

**Stadelternrat Wilhelmshaven**  
**Bernd Rahlf**

**AMERICAN STYLE RESTAURANT & COCKTAILBAR**

**Bonny's Diner**

**ÖFFNUNGSZEITEN:**  
MO-DO 9 - 2 UHR  
FR 9 - 5 UHR  
SA 10 - 5 UHR  
SO 10 - 2 UHR

WHV, BAHNHOFSTR. 22 (KINOZENTRUM), TEL. 04421/ 982 505

**Gegenwind**

Herausgeber: GEGENWIND-Verein  
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21  
26382 Wilhelmshaven  
Tel.: 04421 / 99 49 90  
Fax: 0180-5060 3441 9546  
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen, Hannes Klöpfer (verantw. Redakteur), Anette Nowak, Arne Schulz, Thomas Sobel, Imke Zwoch;  
Druck: Papudis-Druck; Auflage: 4.600 Exemplare  
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,  
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63  
Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit) jeweils zum Monatsbeginn  
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 30. Juni 2005

**Gegenwind im Internet:**  
[www.gegenwind-whv.de](http://www.gegenwind-whv.de)

\*\*\*\*\*  
Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.  
\*\*\*\*\*

# Alles wird gut!?

## SPD-Veranstaltung in Hooksiel zur Chemieverweiterung

(hk) Hooksiel gehörte zu den Keimzellen des Widerstands gegen die Ansiedlung des ICI-Werks vor ca. 25 Jahren. Damals gehörte Dietrich Gabbey zu den Wortführern, die mit fachlicher Kompetenz die ICI das Fürchten lehrten.

Auch heute gehört Gabbey wieder zu den Wortführern der Gemeinde Wangerland - doch die Zielsetzung hat sich da etwas geändert. Das wurde auf einer Veranstaltung der wangerländischen SPD Ende Juni deutlich.

Gabbey referierte in gewohnt sachlicher Art die Planungen der Ineos auf dem Voslapper Groden. Doch im Gegensatz zu früheren Jahren kam der ehemalige Wangerländer Bürgermeister richtig ins Schwärmen, wenn es um die Planungen der chemischen Industrie in Wilhelmshavens Norden oder um den immer wieder ins Gespräch kommenden JadeWeserPort ging ("Das wird alles in den Schatten stellen").

Auch für die Vertreter der Ineos, Hans-Peter Kramer und Carl Vercauteren, fand Gabbey nur gute Worte - kompetent, sympathisch und kooperativ.

Dietrich Gabbey stellte dann kurz die Projekte vor:

1. Ethylen-Pipeline - Vernetzung des Standortes Wilhelmshaven mit dem westfälischen Marl und damit auch mit den Chemiestandorten im Westen Europas. Warum nun dieser Verbund für den Standort Wilhelmshaven von Bedeutung sein soll, wird nicht ersichtlich - für den hier zur PVC-Produktion benötigten Ethylen-Anteil wird eine solche Pipelineverbindung jedenfalls nicht benötigt. Da geht es wohl mehr um den Export von hier erzeugtem Ethylen.

2. Ethylen-Cracker - In dieser Anlage soll Benzin gecrackt werden - als ein Produkt gibt es dann das in der chemischen Industrie so begehrte Ethylen. In Wilhelmshaven besteht allerdings keine Notwendigkeit, eine solche Anlage zu bauen - die für den PVC-

Produktionsprozess benötigten Mengen wurden bisher in kleinen Tankschiffen über die ICI-Brücke angelandet.

3. Chlorfabrik - Nach den Planungen der Ineos soll auf dem Voslapper Groden eine Chlorfabrik entstehen. Dadurch wird die bis-

herige Chlorgasfabrik auf dem Rüsterei Groden, die durch eine 11 Kilometer lange Pipeline mit der Voslapper PVC-Fabrik verbunden ist, überflüssig. Die neue Chlorfabrik wird nach dem Chlor-Membran-Verfahren arbeiten - es entsteht also nicht mehr das hochgiftige Chlorgas, wie es jetzt noch in den Hallen des ehemaligen Alusuisse-Werkes geschieht. Ein weiterer Vorteil des neuen Verfahrens ist, dass kein Quecksilber mehr als Katalysator benötigt wird. Das ist der einzige positive Gesichtspunkt bei der ganzen Planung: Die Giftküche der Alusuisse wird endgültig aus der Nähe Rüsterei verschwinden und mit ihr auch noch die Chlorgasleitung!

4. Letztendlich soll dann auch die PVC-Produktion erhöht werden - auf wieviel Tonnen, ist allerdings noch nicht öffentlich bekannt geworden.

Dieses ganze Paket soll durch Investitio-

nen seitens Ineos in Höhe von ca. 1 Milliarde Euro realisiert werden. Unbekannt ist noch der Anteil, den Ineos für diese Maßnahmen aus den verschiedenen Fördertöpfen einsacken wird, er wird aber nicht unerheblich sein.

Ungeklärt bleibt weiterhin die Frage der Energiekosten. Da wird Ineos wohl auch noch weiterhin hoch pokern, um den einen oder anderen Tausender zu sparen.

In diese Diskussion passt auch der Plan, auf dem Gelände der zur e.on gehörenden DFTG (siehe Plan) ein Kraftwerk zu errichten. Vorteilhaft wäre eine solche produktionsnahe Stromerzeugung u.a. wegen möglicher Syn-



ergieeffekte (z.B. Kraft-Wärme-Kopplung).

Als Letztes ging Dietrich Gabbey noch auf den geplanten JadeWeserPort ein. Auch bei ihm war hier die schon aus der Wilhelmshavener SPD bekannte Euphorie vorhanden. "Alles wird gut" könnte man seine Stellungnahme dazu beschreiben. Dass es sich meist um Wunschenken handelt, dass die Entwicklung auch ganz anders verlaufen kann (siehe Containerterminal Bremerhaven), wird einfach vom Tisch gewischt. Es kann

**Weiter nächste Seite**



**Niedersächsische  
Staatskanzlei**

### Presseerklärung

## Ineos plant Projektstudie zur Erweiterung des Standortes Wilhelmshaven

HANNOVER. Jim Ratcliffe, Chef des britischen Chemiekonzerns Ineos, hat heute der Niedersächsischen Landesregierung in Hannover das geplante Investitionsvorhaben seines Konzerns in Wilhelmshaven vorgestellt. Der international tätige Konzern erwägt den Ausbau seines Wilhelmshavener Chemie-Standortes mit einem Gesamtvolumen von bis zu einer Milliarde Euro. Ineos hat heute gegenüber Ministerpräsident Christian Wulff und Wirtschaftsminister Walter Hirche den Start einer detaillierten Pre-Engineering-Studie in der Größenordnung von rund 15 bis 20 Millionen Euro zugesichert. "Das ist eine große Perspektive für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen und ein wesentlicher Schritt zur Umsetzung des Vorhabens", erklärten Wulff und Hirche.

Beim heutigen Treffen im Gästehaus der Landesregierung würdigte Jim Ratcliffe das Engagement des Landes für die Ausbaupläne in Wilhelmshaven. Mit einer gemeinsamen Erklärung des Landes Niedersachsen und der Bundesregierung über eine finanzielle Unterstützung des Vorhabens ist das Projekt ein großes Stück vorangekommen. Ministerpräsident Wulff hatte diese Erklärung Anfang Mai an Ineos-Chef Ratcliffe übersandt. Es soll nun kurzfristig mit den Vorarbeiten für das Projekt begonnen werden. Ergebnisse der detaillierten Pre-Engineering-Studie werden in etwa einem halben Jahr erwartet. Wenn die Studie erfolgreich ist, wird anschließend unmittelbar mit dem Bau begonnen.

Ineos beabsichtigt bis 2008 die Errichtung einer neuen Chlorelektrolyseanlage und eines Ethancrackers, die Erweiterung der PVC-Produktion und den Bau einer rund 275 Kilometer langen Ethylen-Pipeline von Wilhelmshaven ins nordrhein-westfälische Marl. Mit diesen Investitionen wäre die Sicherung von etwa 360 vorhandenen Arbeitsplätzen und die Schaffung von rund 300 weiteren direkten Arbeitsplätzen verbunden. Hirche: "Wir rechnen außerdem mit beachtlichen indirek-

ten Beschäftigungseffekten." Zudem werde das Projekt weitere Folgeinvestitionen auslösen, etwa von Energielieferanten. Diese dürften sich auf bis zu einer halben Milliarde Euro addieren.

Ministerpräsident Wulff und Wirtschaftsminister Hirche betonten die enorme Bedeutung des Projektes für die Nordwestregion Niedersachsens und die langfristige Sicherung und den Ausbau des Chemiestandortes Norddeutschland. "Der Start der Pre-Engineering-Studie ist ein gutes Signal für unser Land. Das Gesamtprojekt würde zu den weltweit größten Chemie-Engagements zählen", sagte Wulff. Die Landesregierung hat zur weiteren zügigen Begleitung und Koordinierung des Projektes einen Arbeitsstab eingerichtet.

Der international tätige Spezialchemiehersteller Ineos beschäftigt insgesamt 9.000 Mitarbeiter und verbuchte in 2004 einen Umsatz von rund 6 Milliarden Euro. Jim Dawson von Ineos Capital und die Geschäftsführer der Wilhelmshavener Ineos-Gesellschaften, Carl Vercauteren und Hans-Peter Kramer, haben Ineos-Chef Ratcliffe nach Hannover begleitet.

### Fortsetzung 'Alles wird gut?'

nicht sein, was nicht sein darf.

Die Beiträge der ebenfalls anwesenden SPD-Bundestagsabgeordneten Karin Evers-Meyer reduzierten sich auf ein ständig lächelndes Kopfnicken und den Hinweis darauf, dass das Nebeneinander von Industrie, Hafengewirtschaft und Freizeitaktivitäten in Rotterdam vorzüglich klappt. "Ich hätte es nicht geglaubt, wenn ich es nicht selber gesehen hätte."

Gabbey machte die vom Willen nach einem guten Neben- und Miteinander geprägte Position Wangerlands mit einem Satz deutlich: Wenn die Industrie den von uns geforderten Abstand einhält, gibt es keine Probleme! Eine Einschränkung machte er allerdings in Bezug auf den Bau eines Kraftwerkes auf dem DFTG-Gelände: "Wir wollen in Hooksiel keine Situation, wie wir sie vom Geniesstrand in Wilhelmshaven kennen."

Klar stellte Gabbey, dass die Erweiterungspläne der Wilhelmshavener Industrie die Entwicklung und den Tourismus in Wangerland nicht beeinträchtigen dürfen. Gleichzeitig machte er jedoch auch klar, dass die Interessen Wangerlands sich nicht gegen die Entwicklungspläne der Industrie richten dürfen. "Jeder muss seine Entwicklungschancen haben!"

Dieser Spagat ist nach Meinung Gabbey's möglich, wenn die Industrie die Abstände zum Erholungsgebiet Hooksiel auf Wilhelmshavener Boden ausweitet. "Auf dem Gelände ist genügend Platz vorhanden. Die kritischen Anlagen können weiter südlich in den Bereich in Höhe der Ethylentanks gebaut werden."

Mehrmals unterstrich Gabbey, dass bei einer Ausweitung der Abstände, so wie es die Gemeinde vorgeschlagen hat, keine Probleme zu erwarten seien.

Gefragt, was denn geschieht, wenn Ineos nicht mit sich reden lässt, machte Gabbey allerdings auch klar, dass dann alle Register gezogen werden, um den Schutz der Erholungsflächen zu garantieren. "Die Gemeinde Wangerland wird dann gemeinsam mit den Nachbargemeinden alle Schritte, inklusive ei-



**Reparaturen  
aller Fabrikate  
spez. Volvo und Renault**

Reifendienst  
Achsvermessung  
TÜV/AU  
Abschleppdienst  
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel  
Tel. 04425 990870 Fax 990872  
www.tenge-strohbach.de

**Tenge & Strohbach**  
Kfz-Technik

ner Klage, einleiten." Gabbey geht allerdings nicht davon aus, dass es dazu kommen wird. Dafür war sein Eindruck in den bisherigen Gesprächen zu positiv.

Nach dem Vortrag von Dietrich Gabbey ging es dann in die Diskussion mit den ca. 50 Anwesenden, zumeist Mitglieder der SPD, aber auch einige Ineos-Mitarbeiter.

Hier wurde schnell klar, dass zwischen den Ausführungen Gabbey's und der Meinung der Basis doch Welten, wenn auch kleine, liegen.

Die meisten Diskutanten machten deutlich, dass es keinen Grund gäbe, den seit Jahrzehnten immer gleichen Versprechungen der Industrie und Politik plötzlich Glauben zu schenken. Am Beispiel der Arbeitsplätze mussten Evers-Meyer und Gabbey dann auch schon einen Eiertanz aufführen: "Die Zahl der Arbeitsplätze ist nicht das Maß der Dinge - die Zukunft wird es bringen." (Gabbey) oder "Die Arbeitsplätze entstehen in der zweiten Linie - Auspenden und Reparieren der Container - das wird es in Zukunft geben." (Evers-Meyer)

Damit gaben sich die Diskussionsteilnehmer zwar nicht zufrieden ("Was haben wir davon, wenn Arbeitsplätze in der Chemie entstehen, in der Tourismusindustrie diese aber vernichtet werden?"), aber in der Sozialdemokratie setzt man mit aller Macht aufs Prinzip Hoffnung - man hat ja sonst nichts.

Erstaunlich war auch die Tatsache, dass Gabbey dem Immissionsschutz nur einen geringen Stellenwert einräumte, weil seiner Meinung nach die Systeme heute so gut sind, dass keine Schadstoffe mehr ausgestoßen werden. Und für Störfälle und den Schutz vor Störfällen sind andere zuständig. Da könne die Gemeinde nur der Genehmigungsbehörde vertrauen.

Die Erweiterungen der Ineos-Anlagen sind noch Zukunftsmusik (obwohl man noch in diesem Jahr beginnen will) - und die Hooksielier haben im Moment auch ganz andere Sorgen: das ständige und nervtötende Knallen vom Tontaubenschießplatz südwestlich der Mülldeponie! □

## kommentar

### Die Bürgerinnen und Bürger

aus Wilhelmshaven und Wangerland sollten sich nicht darauf verlassen, dass alles seinen ordentlichen Gang gehen wird.

Es gibt für die Bürgerinnen und Bürger keinen Grund, den Ausführungen der chemischen Industrie Glauben zu schenken. Die Gefahren, die von solchen Anlagen ausgehen, dürfen nicht unterschätzt werden. Die allseits beliebte Strategie, die mögliche Gefährdung durch Chemieanlagen durch die Schaffung von Arbeitsplätzen wettzumachen, darf nicht dazu führen, dass man sich damit zufrieden gibt, was die Industrie anbietet.

Es gibt für die Bürgerinnen und Bürger in der Umgebung des Ineos-Werkes keinen einsehbaren Grund, auf die Genehmigungsbehörde zu vertrauen. Wer sich an die Auseinandersetzungen vor 25 Jahren anlässlich der ICI-Ansiedlung erinnert, wird dieses nur bestätigen können.

Es gibt für die Bürgerinnen und Bürger auch keinen Grund, den Vertretern der Gemeinde Wangerland oder der Stadt Wilhelmshaven zu vertrauen. Da geht es schon im Vorfeld um Bedingungen, für die man sich den Widerstand wohl abkaufen lassen würde (Sand für Hooksiels Strand, Bau einer Flutmole, Neubau des Vorhafens..).

Der einzig gangbare Weg, wirklich Einfluss auf die Realisierung der Anlagen zu nehmen, ist der Zusammenschluss in Bürgerinitiativen. Nur so kann das benötigte Geld für die Prüfung der Antragsunterlagen, für alternative Gefährdungsgutachten usw. zusammenkommen. Oder ist man wirklich bereit, den Gutachtern von Ineos oder der Landesregierung zu glauben? Wohl kaum! Die geplanten Anlagen liegen weit weg von Wilhelmshavens Wohnbebauung, sie liegen aber nur einen Steinwurf von den Freizeiteinrichtungen und von den Ferienwohnungen und Pensionen Hooksiels entfernt. Der Bau eines Kraftwerkes wird ernsthaft in Erwägung gezogen. Entsprechende Anfragen liegen vor und zumindest einige Politikerinnen wissen da auch schon Konkreteres. Dass sich das Gelände der DFTG dafür bestens eignet, steht außer Frage, dass das Gelände der DFTG allerdings nur wenige Schritte vom Hooksiel Strand liegt, steht ebenfalls außer Frage. Und was das für die Tourismusindustrie bedeutet, bedarf keiner langwierigen Erörterungen.

Doch auch ohne Kraftwerk muss das gesamte Vorhaben kritisch betrachtet werden. Es geht ja nicht darum, eine erhöhte Nachfrage auf dem PVC- bzw. Ethylen-Markt zu befriedigen - die gibt es nämlich nicht. Es geht nur darum, im Konkurrenzkampf eine bessere Ausgangsposition zu erreichen. Denn ein technisch neues Werk hat logischerweise mehr Vorteile als eine Anlage aus den 60er oder 70er Jahren.

Bezahlt wird dieser Kampf mit dem Verlust von Arbeitsplätzen an anderen Standorten, dem Verlust von Freizeitwerten in der Umgebung und der Erhöhung der Gefahren für die Umwelt durch eine expandierende Industrie.

Hannes Klöpfer

**DIE ZERSTÖRUNG DES JADERAUMS DURCH DIE CHEMISCHE INDUSTRIE**




**ICI DARF NIE IN BETRIEB GEHEN!**

Mit Auslagen aus dem ICI-Ansiedlungsvertrag

BÜRGERINITIATIVE UMWELTSCHUTZ WILHELMSHAVEN

Nur noch Nostalgie? Modernes Antiquariat? Broschüre der Bürgerinitiative Umweltschutz vom Mai 1979

# Rundschlag

- oder worüber die Stadt nicht gern redet

Joachim Tjaden [parteilos] berichtet

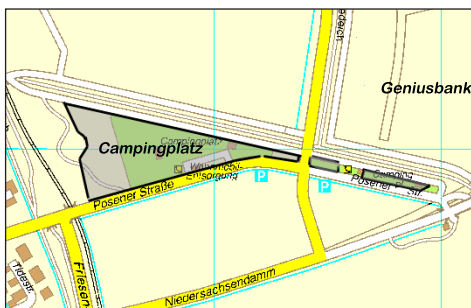
## Geniusbank - 880.000 Euro für die Vernichtung des Naherholungsgebietes

Massiv wehrt sich die Stadt Wilhelmshaven dagegen, über Leserbriefe die Wahrheit ans Licht kommen zu lassen. Auf Leserbriefe der BürgerInnen, u.a. auf einen Leserbrief von mir, antwortet Arnold Preuß (Pressesprecher der Stadt) und behauptet, die Stadt habe lediglich den Campingplatz, nicht aber die angrenzenden Flächen vom Bund gekauft.

Das ist entweder eine bewusste Lüge oder aber eine Dokumentation der Planlosigkeit der Stadt, die anscheinend selbst nicht weiß, was sie macht. Meine Versuche, am Geniusstrand einen ordnungsgemäßen Strandbetrieb aufrecht zu erhalten, scheitern, weil sich die Verantwortlichen der Stadt wie Kleinkinder verhalten. "Das wollen wir nicht!"

Aber die Stadt könnte, wenn sie denn wollte! Ihr gehören die nötigen Flächen und Gebäude. Für den Erwerb der Flächen (Flurstücke 60/33, 60/111; 60/41; 60/8) an der Posenerstraße mit einer Gesamtgröße von 167.429 qm hat die Stadt 500.000 € bezahlen müssen.

Als Begründung wird den städtischen Ausschüssen mitgeteilt, dass bei Nichtkauf das Gelände im geräumten Zustand an den Bund zurückgegeben werden muss; für den Rückbau der vorhandenen Baulichkeiten, Straßen, Wege und Leitungen entstünden der Stadt Kosten in Höhe von ca. 380.000 €.



Wer in den letzten Wochen über diese Gelände gegangen ist weiß, dass diese 380.000 Euro trotzdem schon ausgegeben werden. Viele Gebäude sind schon dem Erdboden gleich gemacht. Als nächstes folgen Gertis Strandhaus und das Gebäude (ehemaliger Kiosk und Toiletten) am Ausgang zum Geniusstrand.

Jetzt denkt die Stadt sogar noch darüber nach, alle Wege auf dem Gelände - nicht nur auf dem Campingplatz - zu entfernen. Angeblich aus versicherungstechnischen Gründen.

Einen praktischen Grund für diese insgesamt 880.000 Euro teuren Maßnahmen gibt es nicht. Der OB will lediglich Fakten schaffen, damit nur niemand auf die Idee kommt, hier noch weiter ein Freizeitangebot anzubieten. Wie wir alle wissen, vermarktet werden darf das Grundstück bis etwa 2025 nicht.

## 1 Euro-Jobs bei der Stadt

Große Sprüche gab es zu diesem Thema auch von der SPD: Die Stadt wird keine 1 Euro-Jobs schaffen.

Jetzt stellte die SPD selbst einen Antrag:

SGW (Grün+Wege) wird beauftragt, ein Pflaster- und Grünpflegeprogramm zur Verbesserung des Wohnumfeldes in Form eines Beschäftigungsprogramms und Einbeziehung von "1-Euro-Arbeitsgelegenheiten" in 2005 und 2006 durchzuführen.

Nichts gegen die geplanten Maßnahmen. Sicher hat es die Stadt bitter nötig, ihre Radwege und Grünflächen zu sanieren. Schließlich handelt es sich hier um Aufgaben, zu denen die Stadt ohnehin verpflichtet ist. Und genau da liegt das Problem. Es sollen durch 1 Euro-Jobs Pflichtaufgaben abgearbeitet werden. Pflichtaufgaben für reguläre Mitarbeiter von Firmen oder der Stadt, die sich dann schon bald auf den Stellenstreichlisten wiederfinden werden.

## Neubürgeragentur

Insgesamt 250.000 Euro will die Stadt für eine Neubürgeragentur (NBA) ausgeben. Die NBA soll in den Räumen des ehemaligen Pek & Cloppenburg untergebracht werden und von hier aus versuchen, die Einwohnerzahl Wilhelmshavens zu stabilisieren.

Ähnliches wurde von der Stadt Bremen angeblich erfolgreich installiert, natürlich nie nachgewiesen.

Das Aufgabenspektrum der NBA liest sich wie die Aufzählung von Selbstverständlichkeiten, die in jeder Stadt zum Alltagsgeschäft von Wohnraumanbietern, städtischen Gesellschaften und Firmen gehören.

So soll die NBA die Vorzüge der Stadt als Lebens- und Wohnort herausstellen und den Zuzug attraktiv machen.

Wenn eine Stadt Geld verbrennen will, ist die Gründung einer NBA sicherlich die richtige Lösung. Ganz sicher ist auch, dass eine von einem externen Anbieter betriebene NBA die angeblichen Erfolge in undurchsichtigen Statistiken und Behauptungen auf jeden Fall positiv darstellen kann. So wird am Ende der Erfolg beschrieben sein, die Probleme aber bleiben gleich.

## 700.000 Euro für Wirtschaftsförderung JadeWeserPort

Die heilige Kuh JWP macht es möglich. Die WFG hat 700.000 Euro mit dem Titel JadeWeserPort zur Verfügung (287.000 Euro hat die WFG in den letzten 2 Jahren schon für den JWP verbraucht).

Es gibt keinen Betreiber für den JWP. Es gibt weder einen Planfeststellungsbeschluss noch eine Baugenehmigung für den JWP. Es dürfen keine städtischen Flächen im Umfeld des JWP vermarktet werden.

Aber wir betreiben für 700.000 Euro Wirtschaftsförderung nur für diese Illusion.

Da weicht die Stadt auch keinen Millimeter vom Kurs ab. Warum auch - haben die Stadt und die WZ wider besseres Wissen Tausende von Arbeitsplätzen und den wirtschaftlichen Aufschwung durch den JWP fest in die Köpfe der BürgerInnen eingepreßt. Warum sollte man auch die Tatsachen auf den Tisch bringen?

Wilhelmshaven ist längst vom Land Niedersachsen aus einem möglichen Geschäft JWP ausgebootet worden! Nur Niedersachsen vermarktet Flächen.

Die Arbeitsplatzprognosen der Realisierungsgesellschaft geben mit ca. 300 auch nur noch 5% der ständig gepriesenen 6000 her.

Das tatsächliche Wachstum der Umschlagraten in den deutschen Containerhäfen liegt weit unter den Prognosen von 8 %. Lediglich durch Verbiegen von Statistiken können höhere Werte angepriesen werden.



Die Bremer Lagerhausgesellschaft (BLG) hat inzwischen Massenentlassungen angekündigt.

Selbst die SPD in Wilhelmshaven hat mittlerweile Zweifel und will die Akten einsehen. Die Frage ist, was macht Siegfried Neumann, wenn er in den Akten findet, was er seit vielen Jahren nicht wissen will.

## Altlasten

Wer hätte gedacht, dass sich auf Grundstücken im Raum Wilhelmshaven tatsächlich Altlasten befinden? Ich!

Gerade im Bereich des Innenhafens wird sich noch so manches finden. Dazu werden keine hellseherischen Fähigkeiten, sondern nur der Blick auf alte Karten nötig sein.

Wilhelmshaven war ein Kriegshafen mit allem, was dazugehört. Nach der massiven Zerstörung wurde die Stadt unter den widrigsten Umständen wieder aufgebaut. Es war nicht die Zeit für die Entsorgung von Sondermüll. Dieser wurde einfach zugeschüttet und vergraben. Die Menschen hatten auch nicht die Zeit, sich über Spätfolgen Gedanken zu machen.

Heute kommen diese Altlasten wieder ans Tageslicht. Jetzt bei den Baugrunduntersuchungen für das Holiday-Inn-Hotel an der Wiesbadenbrücke, und alle wundern sich?! Nun ist in diesem Fall glücklicherweise der Bund und nicht die Stadt zuständig.

Aber was ist mit anderen geplanten Baumaßnahmen auf dem Stadtgebiet?

Liegen unter dem geplanten Hallen-Wellen-Spaß-Bad am Sportforum nur Bioabfälle?

## Schulden und kein Ende

Wie schön war doch die Nachricht, als der ehemalige Stadtkämmerer Wolfgang Frank sein Amt übergab. Nur wenige Euro Schulden pro Kopf. Das ist gerade etwas mehr als 2 Jahre her.

Jetzt ist die Stadt pleite. Nur mit erheblichen Auflagen wurde der Haushalt 2005 durch die Kommunalaufsicht genehmigt.

Hier heißt es: "... bin ich zu dem Ergebnis gekommen, dass die Haushalts- und Finanzlage der Stadt sich wieder zunehmend verschlechtert. Ein deutlicher Fehlbedarf wird im Haushaltsjahr 2005 nur durch eine Zuführung vom Vermögens- in den Verwaltungshaushalt in Höhe 9,9 Mio. € vermieden. Im Ergebnis wird dadurch eine sog. "freie Spitze" in Höhe von 3,2 Mio. € ausgewiesen, der Fehlbedarf des Jahres mithin auf 19,8 Mio. € reduziert". "Trotz des haushaltsrechtlichen Verstoßes sehe ich unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Weiter nächste Seite

**Fortsetzung 'Rundschlag'**

dieser Kreditaufnahme und der Zuführung davon ab, die Genehmigung des Gesamtbetrages der Kreditaufnahme zu versagen".

"Natürlich", auch die Vertreter des Rates sind nur sehr ungenügend über die Finanzlage der diversen städtischen Gesellschaften informiert, so dass die Gesamtschulden der Stadt - der BürgerInnen - nicht korrekt beziffert werden können.

Zusätzlich kommen immer wieder neue Probleme ans Licht. Angeblich war der Neubau des Freizeitzentrums Nord aus dem Haushalt 2005 gesichert. Jetzt stellt sich heraus, dass hier ein erheblicher Zuschuss des Landes eingerechnet war. Diesen Zuschuss gibt es jedoch nicht.

Das Land hat für 11 derartige Maßnahmen im Land ca. 75.000 Euro Gesamtsumme eingeplant. Die Stadt Wilhelmshaven plante in ihrem Haushalt allein mit einem Länderzuschuss von über 350.000 Euro für das FZN. Ist das noch nachvollziehbar?

**Wilhelmshaven und die LKW-Maut**

Das hat keinen gemeinsamen Nenner?

Vielleicht doch. Schon bald muss der Wilhelmshavener Müll per LKW auf die Deponie in Wiefels verbracht werden. Ein sicherlich kostenträchtiger Transport, welcher auch durch die LKW-Maut beeinflusst werden könnte.

Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten muss jeder Betrieb ganz sicher eine Kostenrechnung aufmachen, welche auch unterschiedliche Transportwege untersucht. Ein Weg ist der direkte über die Autobahn mit der dann anfallenden Maut.

Aber auch der Weg über Nebenstrecken wird ganz sicher berechnet werden müssen.

Sicher ist, der kostengünstigere Weg wird ausgewählt werden. Welche Möglichkeiten sich da auftun könnten, sollte jeder interessierte Bürger einmal auf einer Straßenkarte nachprüfen. Unsere Region würde nicht die erste Region sein, welche durch die Maut mit erheblichen LKW-Verkehren auf Nebenstrecken zu kämpfen hat. Und so schlecht ist eine mögliche Strecke über Sengwarden-Sillenstede nun auch wieder nicht. Warten wir ab, was da passiert.

**Voslapp - Übung für Baustellenverkehr JWP**

Jeder kennt die Straße Am Tiefen Fahrwasser. Hier fahren schon am frühen Morgen die LKW von und zur Raffinerie. Kaum jemand merkt etwas davon.

Jetzt musste die Straße wegen abgesackter Fahrbahnabschnitte gesperrt werden. Sehr dürftig die Beschilderung für LKW, die sich auf dem Stadtplan einen anderen Weg suchen müssen.

Und natürlich ist die Flutstraße die einzige Alternative. Obwohl für LKW über 7,5 t gesperrt, führen sie trotzdem.

Wenn nun unser Oberbürgermeister mit dem JWP Recht behalten sollte - was allerdings nur sehr selten der Fall ist - würde Ähnliches passieren. Die Straße Am Tiefen Fahrwasser würde umgebaut werden müssen. Zu den Tanklastern kämen dann noch diverse andere Transporte, und wieder würde die Flutstraße als Querverbindung dienen. Erschwerend hinzu käme der Ausbau der A 29 ab der Anschlussstelle Fedderwardergroden.

Verkehrslenkende Maßnahmen seitens der Stadt sind auch in diesem Fall kaum zu erwarten. Jedenfalls keine, die dieses Problem sauber lösen würden. Wie auch? □

# Ich habe fertig

## Gegenwind-Gespräch mit der grünen Bürgermeisterin Marianne Fröhling.

(ef/nea) Dem Gegenwind kam das Gerücht zu Ohren, Marianne Fröhling wolle die Brocken hinwerfen. Schon wieder ein grüner Eklat? Nein, so schlimm ist es denn doch nicht. Den Rest der Legislaturperiode will sie doch noch durchhalten. Trotzdem fanden wir unser Gespräch in vielerlei Hinsicht aufschlussreich.

**Gegenwind:** *Wir haben mitgekriegt, dass du aufhören willst. Womit?*

**Marianne Fröhling:** Ich höre mit der Kommunalpolitik auf.

**Jetzt sofort?**

Nein - zum Ende der Legislaturperiode. Also: Ich werde bei der nächsten Wahl im September 2006 nicht wieder kandidieren.

**Warum?**

25 Jahre Politik reicht. Ich habe vor, mich aufs Altenteil zurückzuziehen.

**Wie alt bis du denn?**

Ich bin jetzt 57, dann werde ich 58 sein.

**Fürs Altenteil doch noch zu jung.**

Mein Mann ist jetzt im Vorruhestand. Bisher waren wir immer an Termine gebunden, und ich bin es immer noch. Nicht nur durch meine Rätstätigkeit, sondern auch durch meine sonstige Tätigkeit. Zwei unserer Töchter wohnen außerhalb. Ich kann nie so einfach sagen, ich fahre mal zu ihnen.. Es gehört sich einfach, bei den Ausschuss- und Ratssitzungen da zu sein, und ein Stück ist es auch...

**Frust?**

Nein, Frust eigentlich nicht. Ich habe das Gefühl, meine ganzen Ideale, die ich mal hatte, sind so richtig den Bach runtergegangen.

**Das klingt schon nach Frust.**

Naja, vielleicht auch... Aber ich sehe das eher so: Ich habe 25 Jahre meines Lebens für die Politik geopfert, und der Rest ist für mich.

**Berufstätig bist du aber doch noch, oder?**

Ja, ich bin ja noch Geschäftsführerin des Verbandes der Sozialversicherten, und nebenbei habe ich ein zweites Standbein: Ich vermiete Berliner Ferienwohnungen.

**Und mit den Grünen ist nicht mehr viel los?**

**Ihr wart mal 60 Leute hier in Wilhelmshaven.** Wir sind jetzt noch, wenn's hoch kommt, 25 zahlende Mitglieder, davon aktiv, wenn's hoch kommt, sechs. Und nach den Sommerferien noch aktiv: drei. Denn zwei fangen an zu studieren, und einer wird gerade mit dem Studium fertig.

**Und was ist mit deinen Idealen?**

Vor 25 Jahren bin ich in die SPD eingetreten, weil ich gedacht habe, ich könnte im sozialen Bereich etwas bewirken. Und ich musste schnell feststellen - schon damals bei der SPD, und dann auch bei den Grünen, das tut sich nichts -, dass das schöne Gerede ist, du aber nichts davon umsetzen kannst, weil du die Mehrheiten dafür nicht hast. Das Soziale geht immer wieder den Bach runter.

**Aber die Grünen sind doch mit der SPD in der Mehrheitsgruppe.**

Wir verwalten doch nur noch. Freiwillige Ausgaben müssen gestoppt oder gekürzt werden. Es ist nicht so, dass die SPD-Fraktion insgesamt unsozial ist und handelt, aber die, die sich noch für soziale Zwecke aussprechen, sind vermehrt in der Minderheit. Ich mit meiner einen Stimme als Grüne, was kann ich denn noch bewirken? Es gibt keine Gelder von Land und Bund, überall nur Einschnitte und Reförmchen - zu Lasten der Kleinen und vor allem auch der Rentner.

Und in unserer Stadt - wo kann denn noch etwas getan werden? Keine Gelder für die API, für die Pläne eines Jugendgästehauses im CVJM, somit noch mehr Arbeitslose, die irgendwann einmal der Stadt zur Last fallen können.

**Du sprichst jetzt vom sozialen Bereich, in dem du nichts mehr machen kannst. Aber die Grünen sind ja - oder waren jedenfalls mal - eine Partei, die für Umweltschutz stand.**

Ja. Aber auch das ist, wenn man der Realität ins Auge blickt, überhaupt nicht zu bewerkstelligen. JadeWeserPort - wir haben uns seinerzeit für den JadeWeserPort ausgesprochen, wohl wissend, was da alles auf uns zukommt. Wir haben gesagt, wir können da nicht dran vorbei. Arbeitsplätze, das war für uns immer ein wichtiges Kriterium. Oder jetzt ICI, da hast du immer im Hinterkopf diese Arbeitsplätze, die Arbeitsplatzsituation hier vor Ort. Und das ist real. So einfach ist das. Ob wir nun grün oder schwarz oder rot oder gelb sind...

**Aber es sollte doch darin, wie man sich dazu verhält, einen Unterschied machen, ob man grün oder schwarz oder gelb oder rot ist. Und da vermissen wir bei den Grünen schon das Grüne. Spätestens als die Pläne mit den Chemieinvestitionen konkreter wurden, hätten ihr auf die Barrikaden gehen müssen. Was ist denn deine Meinung zur Chlorchemie?**

Darüber weiß ich zu wenig, um eine endgültige Meinung zu haben.

**Und gab es keine Diskussion, gibt es keine Beschlussfassung dazu in der Partei?**

Wir haben darüber gesprochen, aber nichts beschlossen.

**Ihr begleitet den JadeWeserPort unkritisch...**

Nein, also, dagegen wehre ich mich, das tun wir ganz bestimmt nicht!

**Hast du denn geglaubt, dass 3.500 Arbeitsplätze entstehen?**

Nein, daran haben wir nie geglaubt. Wir haben gesagt, solange Umweltbelange berücksichtigt werden, sind wir nicht dagegen. Dazu stehe ich auch nach wie vor.

**Ihr unterstützt das Projekt JadeWeserPort mit der Begründung, da kommt Verkehr von der Straße weg. Und jetzt unterstützt ihr die Autobahnpläne.**

Neu: Wir unterstützen diese Pläne nicht unbedingt. Dazu haben wir noch gar nichts gesagt, weil in unseren Versammlungen über derartige Dinge z.Zt. sehr selten gesprochen wird. Unsere jungen Grünen haben da ganz andere Pläne, die wir gemeinsam besprechen und sie dabei unterstützen, z.B. jetzt die Antidiskriminierungskampagne, Fachhochschulprobleme usw..

**Und habt ihr etwas gegen die Autobahnpläne gesagt?**

Wir haben weder etwas dagegen noch dazu gesagt und uns auch nicht damit befasst, aus den von mir genannten Gründen. Ich persönlich will mich damit auch nicht mehr

auseinandersetzen. Nach Trittin wird es die A 22 ohnehin frühestens in 15 Jahren geben.

*Das klingt doch ziemlich resigniert.*

Ich bin auch resigniert. Das müsst ihr mal verstehen: Ich bin alleine in der Mehrheitsgruppe! Was soll ich alleine bewirken? Du wirst nur angemacht, wenn du etwas gegen etwas sagst. Wenn du irgendwo gegenteiliger Meinung bist, dann wirst du beschimpft. Es gibt keine vernünftige Auseinandersetzung mehr.

*Was sagen die denn dann?*

Z.B. meine Rede zur Ratsverkleinerung, hinter der ich stehe und hinter der meine Partei steht - da wurde ich hinterher angemacht: Du machst das nur aus Wahlzwecken! Das hat für mich mit Wahlzwecken nichts zu tun, sondern ich sehe einen Sinn darin, den Rat zu verkleinern. Wenn wir dadurch 20.000 Euro im Jahr sparen könnten - wenn ich andererseits sehe, dass es bei kleinen Sozialverbänden hapert, weil sie 2000 Euro nicht bekommen, die sie zum Weiterbestehen bräuchten, und wenn dann die SPD sich hinstellt und sagt, wir könnten eher einen Hausmeisterposten wegfallen lassen oder eine Verwaltungsangestellte - das finde ich schon haarsträubend. Das war ein Punkt, wo ich es zum Bruch hätte kommen lassen: Wenn die SPD von mir verlangt hätte, dass ich mich ihrer Meinung anschließe, hätte ich die Mehrheitsgruppe verlassen.

*Es sind immer noch 45 Ratsmitglieder, wie zu Zeiten, als Wilhelmshaven 20.000 Einwohner mehr hatte.*

Ich sehe das so: Die großen Parteien müssen ihre Leute zufrieden stellen, die jetzt schon mit den Hufen um einen oberen Listenplatz scharren. Die Anregung, den Rat zu verkleinern, kam von der Verwaltung, und das habe ich ebenso begründet wie das sich damit ergebende Einsparpotential. Worauf mir ein CDU-Mitglied vorwarf, ich wolle Wahlkampf machen und sollte doch lieber meinen Posten als Bürgermeisterin aufgeben, damit spare man dann doch auch Geld.

*Wäre es überhaupt möglich, in der laufenden Legislaturperiode den Posten aufzugeben?*

Warum nicht? Wenn sich eine Mehrheit findet, mich abzuwählen...

*Aber du könntest auch deinerseits aufhören?*

Ich bleibe Bürgermeisterin bis zum Ende der Legislaturperiode, es sei denn, ich werde, wie gesagt, zwischenzeitlich abgewählt oder es passiert doch noch etwas, wozu ich nicht zustimmen kann und es käme zum Bruch mit der SPD. Allgemein ist es üblich, dass die zweitstärkste Partei den 1. Bürgermeister/in-Posten stellt. Man weiß ja auch nicht, wie nach der nächsten Kommunalwahl die Konstellation sein wird. Sollte die CDU mehr Stimmen bekommen als die SPD und vielleicht mit der FDP zusammengehen, würde sicher auch hier die Bürgermeisterposition eine Verhandlungsgrundlage sein. Verhandlungsgrundlage bei der Bildung der Mehrheitsgruppe mit der SPD war eben in meinem Falle ein Bürgermeisterposten. Damals waren wir ja noch zu zweit - Werner Biehl und ich. Zwischenzeitlich wurde ein Wechsel vollzogen. Für Werner Biehl folgte Gerda Kümmel, die nicht mehr bei den Grünen ist, sondern parteilos der Mehrheitsgruppe weiterhin angehört. Ich möchte aber auch die Grünen nicht beschädigen. Ob über-

haupt noch Grüne kandidieren, ist ja zwischenzeitlich auch sehr fraglich. Wenn ich aus der Politik aussteige, dann soll das ein sauberer Schnitt sein. Ich will das nicht mit irgendeinem Buhei oder irgendeinem Skandal, sondern ganz normal zum Ende der Ratsperiode.

*Gibt es eigentlich zwischen Gerda Kümmel und dir über die gemeinsame Arbeit in der Mehrheitsgruppe hinaus eine engere Zusammenarbeit - so als ehemalige Parteifreundinnen?*

Nein.

*Seid ihr euch gram?*

Kein Kommentar. Das ist seit zwei Jahren erledigt.

*Was war der Grund?*

Sie ist ausgetreten, weil sie angeblich mit der Bundespartei nicht zufrieden war. Mehr kann ich euch dazu nicht sagen.

*Bist du mit der Bundespartei noch zufrieden?*

Nein. Aber das ist für mich kein Grund, auszutreten. Ich bin damals auch nicht aus der SPD ausgetreten, weil ich mit der Partei nicht zufrieden gewesen wäre, sondern aus persönlichen Gründen.

*Wenn du deswegen auch nicht austrittst: Aus welchen Gründen bist du mit den Bundesgrünen nicht zufrieden?*

Die Basisarbeit, die ja als so wichtig angesehen wurde - und eigentlich noch ist -, spielt fast keine Rolle mehr. Der Bundes- und Landesvorstand, die Abgeordneten sind so abgehoben, so fern aller Realität. Der letzte Parteitag, an dem ich teilgenommen habe in Bremen, war für mich so ernüchternd, und ich werde ihn auch so schnell nicht vergessen. Bodyguards, eine Schleuse mit dicken Tauen. Du wurdest abgetastet - ich weiß, aus Sicherheitsgründen - aber damit ist die Distanz zum Präsidium immens groß. Überhaupt nicht abgehoben sind für mich Trittin und Künast. Von den grünen Ministern sind diese beiden meine Favoriten. Ich denke, auch die Visa-Geschichte geht so nicht in Ordnung, und ich bin nicht einverstanden mit Hartz IV, wo die Grünen mitgemacht haben.

*Was kritisierst du an Hartz IV?*

Ja, dass Leute, die lange gearbeitet haben, nur so kurz Arbeitslosengeld bekommen sollen - ich habe nie verstanden, dass die Grünen so etwas unterstützen können. Jetzt ändern sie das ja peu à peu wieder - aber warum nicht gleich? Bei solchen Entscheidungen sollte es Gremien geben, die mit der Sache vertraut und befasst sind, bevor die da oben ihre Beschlüsse fassen. So etwas gab es mal bei den Grünen, aber das gibt es gar nicht mehr. Die kommen mit fertigen Pamphleten, die so geschwollen formuliert sind, dass du das nicht verstehst - und dann werden die Sachen abgenickt, und so haben sie ihre Mehrheit.

*Wie stehst du überhaupt zu Hartz IV?*

Im Grundsatz ist das nicht das Verkehrteste. Aber das mit den 1 Euro-Jobs: Du willst mir doch nicht ernsthaft sagen, dass die Leute, die da in der Stadt das Papier aufpicken, dadurch größere Chancen haben, in den 1. Arbeitsmarkt zurückzukommen. So war das sicher auch nicht von Herrn Hartz gewollt!

*Und was denkst du über die Höhe von Arbeitslosengeld II und die Höchstgrenzen bei den Kosten der Unterkunft?*

Dazu kann ich nur sehr wenig sagen. Allerdings denke ich, dass die Höhe des Arbeits-

losengeldes II und die Kosten der Unterkunft nicht allzu wenig sind. Aus meinen Erfahrungen im VdSB kann ich Beispiele aufzählen, wo es mancher Rentnerin und manchem Rentner schlechter geht, und das nach vielen Arbeitsjahren. Dass diese Rentner nicht vermehrt auf die Straße gehen, wundert mich allerdings immer wieder.

*Und was meintest du mit der Visa-Affäre? Was ist für dich da nicht in Ordnung?*

Fischer und Vollmer waren dafür verantwortlich, und ich finde es nicht in Ordnung, wie sie sich mit diesen Fernsehauftritten von der Verantwortung rein waschen wollen.

*Nach Wilhelmshaven zurück: Wie konnte es passieren, dass ihr hier von 60 Leuten auf nur noch vier bis sechs Aktive gesunken seid?*

Viele sind weggezogen. Einige sind auch ausgetreten - aufgrund der Diskussion um den JadeWeserPort; junge Leute gehen weg zum Studium...

*Das Büro habt ihr nicht mehr?*

Nein, das war nicht mehr zu finanzieren, als wir nur noch zu zweit im Rat waren, das haben wir dann aufgegeben.

*Was tut ihr, um neue Mitglieder zu werben?*

Vergesst nicht: Ich bin allein! Und die Leute, mit denen ich zu tun habe, die sagen mir, dass sie sich für einzelne Punkte in Bürgerinitiativen organisieren würden, aber nicht in eine Partei wollen. Die haben ein Projekt, für das sie kämpfen, und dann ist das wieder erledigt.

*Kommen wir mal auf die Situation am Geniussstrand zu sprechen.*

Ich finde es schade. Ich hätte mir etwas mehr Energie von Seiten der Stadt gewünscht, da etwas zu machen. Herr Tjaden hat da ja einen Antrag gestellt. Ich bin davon ausgegangen, dass man z.B. bis Ende des Jahres - falls dann der Baubeginn für den JadeWeserPort ist - den Leuten noch Toiletten zur Verfügung stellt. Das Toilettengebäude steht da ja noch. Die sagen sich natürlich, wer soll das bezahlen? Aber ich bin überzeugt, dass die, die da noch baden gehen wollen, auch einen Euro bezahlen würden, um einen Toilettenmann oder eine Toilettenfrau zu ermöglichen. Etwas mehr Flexibilität wäre auch schon wünschenswert. Genauso ist es mit dem Weihnachtsmarkt. Auch da könnte sich einiges verändern. Es ist doch bedauerlich, wenn man schon zufrieden ist, wenn in einer Stadt wie Wilhelmshaven dann ein "kleiner, aber feiner" Weihnachtsmarkt, wie es in der WZ zu lesen war, aufgebaut wird und es viele andere Möglichkeiten gäbe. Das ist keine Kostenfrage, sondern mangelndes Interesse oder einseitiges Interesse. Ich war letztes Jahr in der Adventszeit in Berlin.

Der Weihnachtsmarkt auf dem Gendarmenmarkt kostete einen Euro Eintritt. Bei Nachfrage, wofür der Eintritt verwendet würde, teilte man mir mit, dass hiervon das Rahmenprogramm bezahlt wird, wie z.B. die Tenöre der Berliner Musiker, ein Weihnachtsmärchen, das auf einer kleinen Bühne aufgeführt wurde usw. Warum ist hier nicht so etwas möglich? Die Menschen würden das bezahlen, da bin ich mir sicher.

Ich würde mir den Weihnachtsmarkt auf dem Valoisplatz oder eben im Park - neben dem Cafe Köhler - wünschen. Alles nur eine Frage des Wollens oder des Willens.

*Vielen Dank für das Gespräch. □*

# Es geht voran

## Auch in Wilhelmshaven wächst die Linke

(noa) Als die WASG den 13. Juni als Tag der Gründung des Kreisverbandes festlegte, war noch nicht abzusehen, welche stürmische Entwicklung bis dahin in Gang kommen würde. Wir sprachen mit Werner Dalichow über "Linksbündnis", Lafontaine und Gysi, die neuen Töne bei der SPD und wie es nun mit der WASG weitergehen wird.

**Gegenwind:** In unserem Bericht über eure Veranstaltung am 6. September im "Orange" hatten wir geschrieben: "Es gibt Gespräche mit Oskar Lafontaine. Wenn er der WASG beitreten sollte, dann als normales Mitglied. Seine prominente Stellung würde ihm keine besondere Position in der WASG sichern." Das haben wir doch damals richtig wiedergegeben, oder?

**Werner Dalichow:** Ja.

Und jetzt nach der NRW-Landtagswahl entsteht ein ganz anderer Eindruck. Am 11. Juni in der "WZ" war der Brennpunkt: "Der Verachtete plant seine Rache" und in der Unterüberschrift: "Der Ex-SPD-Chef wird Spitzenmann des neuen Linksbündnisses". Seid ihr umgefallen? Oder war das etwa schon der Inhalt der Gespräche, die ihr seit September oder länger führt?

Das ist folgendermaßen: Wir haben uns gesagt, wir bauen zuerst das Schiff, und dann holen wir uns die Galfionsfigur. Und nun hat sich die Situation dramatisch verändert durch die Ankündigung der Neuwahl. Lafontaine ist aus der SPD ausgetreten, was viel Resonanz in den Medien gegeben hat. Und da haben wir uns gesagt, wenn er jetzt kommt und für und mit uns den Wahlkampf durchzieht, dann ist das für uns gut. Er sitzt aber nicht in irgendwelchen Vorstandspositionen und wird da auch nicht reinkommen. Er wird der Spitzenkandidat für die Bundestagswahl, aber er ist ein ganz einfaches Mitglied wie alle anderen auch.

Es ist also nicht so, dass er euch in die Tasche gesteckt hätte, sondern ihr benutzt ihn?

Benutzen - nein.

Okay, ihr nutzt ihn. Ihr nutzt seinen Bekanntheitsgrad, und er lässt sich nutzen.

Ja. Man muss das ja so sehen: Wir haben in Nordrhein-Westfalen ein Ergebnis von 2,2 % erzielt. Das war aus dem Stand ein ganz gutes Ergebnis. Und als Münzfering am Wahlabend um 18.25 Uhr "Neuwahl" sagte, war klar, dass wir nun blitzschnell reagieren müssen. Wir würden vielleicht - optimistisch gerechnet - vielleicht bei 3 % bundesweit liegen. Aber durch so ein Zugpferd kann es mehr werden. Und Lafontaine hat die Dinge aus unserer Sicht ja immer korrekt betrieben. Damals als Kanzlerkandidat hat er gewarnt, dass die deutsche Vereinigung Kosten verursachen wird, dass es so wie von der damaligen Regierung geplant nicht kommen dürfe.

Köhler, der jetzige Bundespräsident, war es, der gesagt hat, die Kosten der Wiedervereinigung finanzieren wir durch die Sozialkassen. Genau davor hat Lafontaine damals gewarnt. Und 1999 ist er zurückgetreten, weil er Schröders Politik nicht mittragen konnte. Er wusste ja, wo Schröder hinwill, und er hat gesagt, dass das keine sozialdemokratische Politik ist. Der einzige Fehler war, dass er auch aus dem Bundestag gegangen ist. Er hätte sein Mandat behalten sollen.

Lafontaine hat ja bis einen Tag vor seinem Austritt aus der SPD immer wieder gesagt: Ich weiß noch nicht, ob ich die SPD weiter unterstützen werde - ich warte ab, was für eine Politik sie nun macht.

Und die SPD hat in diesen Tagen immer wieder gesagt: Wir machen weiter mit der Agenda 2010. Und nachdem Lafontaine gesagt hatte, dass er nun zusammen mit Gysi das Linksbündnis macht, kippte es bei der SPD. Dann sagten führende Sozialdemokraten auf einmal, dass wir höhere Löhne brauchen. Die SPD kündigte eine andere Politik an, jedenfalls mit Worten, als die Gefahr sichtbar wurde, dass tatsächlich ein Linksbündnis entstehen könnte.

Ja, und seitdem Lafontaine zugunsten des Linksbündnisses aus der SPD ausgetreten ist, hört und liest man fast täglich von der WASG. Wir sind jetzt viel bekannter als vorher. Wie ist der Kontakt PDS-WASG hier in Wilhelmshaven?

Zur Zeit noch relativ schwach. Wir hatten eine Einladung der PDS, der wir gefolgt sind. Das war ein erstes Kennenlernen. Und im Gegenzug waren sie auf unserer Gründungsversammlung in der letzten Woche. Mehr war in der kurzen Zeit noch nicht möglich. Wir führen die Gespräche ganz locker weiter. Zunächst einmal werden wir auf Landesebene mit der PDS sprechen. Es geht ja nicht an, dass auf kommunaler Ebene irgendwelche Beschlüsse gefasst werden, und dann in jeder Stadt andere, und auf Landesebene noch mal andere. Der Wahlkampf wird sich ja über die Landesvorstände darstellen müssen.

Also ein Zusammenschluss hier in Wilhelmshaven steht nicht unmittelbar bevor?

Nein, und es wird einen Zusammenschluss auch nicht geben. Für die Bundestagswahl diesen Herbst wird die PDS ihre Landeslisten für WASG-Mitglieder öffnen. Aber die WASG wird eigene Listen aufstellen für den Fall,

dass es mit der Zusammenarbeit mit der PDS nicht klappt, so dass wir auf jeden Fall antreten können. Wir sind ja keine PDSler. Sonst wären wir in die PDS eingetreten.

Wie war die Gründungsversammlung? Waren auch Leute da, die ihr noch nicht kennt?

Ja. Es waren insgesamt etwa 40 Leute da. Es sind direkt während der Versammlung auch neue Mitglieder beigetreten.

Wie ist überhaupt das Interesse an euch? Das hat sich doch bestimmt in den letzten zwei, drei Wochen gesteigert.

Allerdings. Seit die Medien über uns berichten, bekomme ich mehr Anrufe. Und es sind nicht nur die Leute, die man schon kennt. Es melden sich auch Menschen, die jahre- und jahrzehntelang das politische Geschehen beobachtet haben, aber bisher nie aktiv waren, die nun aber mehr wissen wollen. In Wilhelmshaven und auch in Oldenburg ist der Zulauf nicht so groß wie in anderen Teilen Niedersachsens. In anderen Orten ist es gewaltig mehr, besonders im südöstlichen Niedersachsen, in Hameln, Salzgitter, Göttingen etwa. Und in Leer will der gesamte SPD-Ortsvereinsvorstand der SPD austreten und der WASG beitreten - 12 Personen!

Hier sind die Leute ja traditionell nicht so leicht zu begeistern, verhalten sich mehr abwartend.

Wahrscheinlich ist es in Wilhelmshaven auch so, dass man in der SPD bleibt, weil man in der SPD ist...

Es gab zahlreiche Austritte aus der SPD in der letzten Zeit. Aber die Ausgetretenen sagen "Ja, mach mal", warten aber noch ab.

Und nun hat der Verein WASG in Wilhelmshaven den Kreisverband der Partei WASG gegründet und einen Vorstand gewählt?

Ja, das war letzten Montag. Wir haben einen 10köpfigen Vorstand gewählt.

Wer ist das?

Ich selbst, Johann Janssen, Norbert Krüger, Hannes Willms und als Schatzmeister Detlef Sandkuhl sind der geschäftsführende Vorstand. Beisitzer sind Dirk-Agge Bothe, Hertha Walter, Joachim Tjaden, Björn Riemann und Mike Schauderna. Diese Einteilung in einen geschäftsführenden Vorstand und Beisitzer muss ja offiziell sein, aber wie auch im Bundesvorstand sind alle gleichberechtigt. Über die Aufgabenverteilung sprechen wir noch. Es kann also sein, dass du nächstes Mal mit jemand anderem sprichst.

Nur eine Frau zwischen neun Männern?

Ja, schade. Aber wir können die Frauen ja nicht mit Gewalt holen.

Habt ihr in den letzten drei Wochen Stände gemacht?

Nein. Wir warten erst einmal ab, was zwischen WASG und PDS beschlossen wird. Wenn wir jetzt in der Marktstraße oder in F-Groden stehen würden, würden die Leute genau das fragen, und wir wissen noch keine verbindliche Antwort.

Und wann werdet ihr die haben?

Der Zeitplan ist so: Am 2. Juli haben wir den WASG-Landesparteitag. Da wird die Landespartei gegründet, und der Landesvorstand wird gewählt. Und es wird auch die Landesliste für die Bundestagswahl erstellt. Am 3. Juli ist der Bundesparteitag der WASG, und danach gibt es sofort eine Urabstimmung. Am 15. Juli wird das Ergebnis veröffentlicht. Am 9. Juli hat die PDS ihren Landesparteitag, wo sie über die Frage berät, ob sie ihre Landesliste für Mitglieder der WASG öffnet, und

Jonathan



Naturkost

Ingwer-Orange Litschi Bionade Holunder Kräuter  
Die Kult-Limonade gibt es natürlich bei uns...

Marktstr. 94, 04421/13438 Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9.00 - 18.30 Uhr, Sa. 10.00 - 14.00 Uhr



am 16. Juli ist der Bundesparteitag der PDS. Das muss jetzt ja alles sehr schnell gehen, und es muss alles zeitlich aufeinander abgestimmt sein.

*Und dann wird der Wahlkampf losgehen?*

Dann geht's los.

*Vielen Dank für das Gespräch.* □

**Nachtrag:** Das Gespräch mit Werner Dalchow fand am 20. Juni statt. In der

Zwischenzeit hat sich auf verschiedenen Ebenen noch etwas getan. War Mitte Juni noch die Rede davon, dass die WASG in einem eventuellen Bündnis mit der PDS ihren Namen aufgeben müsste und komplett in einer DL/PDS aufgehen müsste, meldet die PDS-Spitze mittlerweile die Bereitschaft, sich in "Die Linkspartei" umzubenennen.

Und im Kreisverband Wilhelmshaven hat man über das Problem des Frauenmangels

nachgedacht. Ein großes Hindernis für Frauen, sich in Parteien zu organisieren, ist bekanntlich die "männliche Diskussionskultur" in Parteien. Die soll es in der WASG Wilhelmshaven nicht mehr geben: Frauen dürfen sprechen, wenn sie etwas zu sagen haben, und müssen nicht mehr warten, bis sie nach Rednerliste "dran" sind, ihr Punkt aber schon erledigt ist oder sich mittlerweile verändert oder weiterentwickelt hat. (noa)

# Psychiatrie am Meer

## Namhafte Referenten sprachen über interessante Themen

(noa) Am 18. Juni gab es im Terramare eine interessante Veranstaltung, das Kolloquium "Psychiatrie am Meer". Es war nicht die erste Veranstaltung dieser Art und wird auch nicht die letzte sein. Diesmal fand sie allerdings bei strahlendem Sonnenschein statt und war auch deshalb dazu geeignet, den auswärtigen TeilnehmerInnen einen guten Eindruck von Wilhelmshaven zu vermitteln.

Zwar war das Kolloquium konzipiert als Fortbildungsveranstaltung für ÄrztInnen und PsychologInnen, doch mindestens ebenso zahlreich wie diese waren Angehörige begleitender Dienste im psychiatrischen Bereich, Pflegekräfte aus Kliniken und Beschäftigte von Pflegediensten vertreten. Organisiert, geleitet und moderiert wurde die Veranstaltung von Prof. Dr. Here Folkerts, dem Chefarzt der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie am Reinhard-Nieter-Krankenhaus, und dank des Sponsorings der Arzneimittelfirma Lilly gab es vorab, zwischen durch und zum Abschluss leckere Häppchen.

### Depression

In seinem Vortrag "Vom Nürnberger zum Europäischen Bündnis gegen Depression" nannte Prof. Dr. Ulrich Hegerl aus München zunächst einmal einige erschreckende Zahlen: Man muss damit rechnen, dass es in Deutschland etwa 4 Millionen Menschen mit behandlungsbedürftigen Depressionen gibt, von denen aber schätzungsweise nur 30 bis 35 % eine entsprechende Diagnose haben und - noch schlimmer - nur etwa 6 bis 9 % ausreichend behandelt werden. Währenddessen ist in den letzten zwanzig Jahren eine Zunahme psychischer Erkrankungen als Ursache von Krankschreibungen zu verzeichnen. Und da Depressionen häufig zu Suizidversuchen führen (und mehr Menschen durch Suizid sterben als an AIDS und durch Unfälle oder Mord zusammengekommen), sollte das ein Grund sein, etwas zu unternehmen. Das "Nürnberger Bündnis gegen Depression" sprach in einem dichten Netz aus ÄrztInnen, PsychologInnen, SeelsorgerInnen, PädagogInnen, Pflegekräften und anderen Fachkräften die Menschen an. Plakate und Kinospots machten Betroffene und Angehörige sowie andere Bezugspersonen

auf die Krankheit in ihren verschiedenen Erscheinungsformen aufmerksam und wiesen Wege zu wirksamer Hilfe. Multiplikatoren wurden fortgebildet; es gab Angebote für Risikogruppen; Videos für HausärztInnen und PatientInnen wurden gemacht und zur Verfügung gestellt.

Da alle Aktionen des Nürnberger Bündnisses wissenschaftlich begleitet wurden und die Wirksamkeit der verschiedenen Interventionen untersucht wurde, weiß man jetzt, wie man den vielen depressiven Menschen, die ansonsten leiden, ohne wirksame Hilfe zu finden, zu einem besseren Leben verhelfen kann. Deshalb wurde dasselbe Programm mittlerweile schon in vielen anderen Städten, auch außerhalb Deutschlands, entsprechend aufgenommen. In Wilhelmshaven ist es in Planung.

### Schizophrenie

Auch Prof. Dr. Gerhard Buckremer aus Tübingen, der zum Thema "Psychotherapie bei schizophrenen Patienten" sprach, begann seinen Vortrag mit Zahlen. Von dieser Krankheit ist nur etwa 1 % der Bevölkerung betroffen, und doch ist sie sehr teuer: Pro Rückfall entstehen Behandlungskosten in Höhe von 15.000 Euro. Rückfälle zu vermeiden ist also nicht nur für die betroffenen PatientInnen wünschenswert, sondern auch für die Krankenkassen.

Vor dem letzten Krieg dauerte eine Krankenhausbehandlung für Schizophrenie 7 bis 8 Jahre. Seither hat die Verweildauer kontinuierlich abgenommen, und heute werden Menschen mit dieser Krankheit nach einem meist kurzen Klinikaufenthalt ambulant behandelt. Allerdings besteht die Behandlung in vielen Fällen nur aus der Dauermedikation mit Neuroleptika. Vielfach wird angenommen, dass man auch sonst nichts tun könne, um Rückfälle zu vermeiden. Zwar ist die tiefe Kluft zwischen der "biologischen Fraktion" unter den Psychiatern, die Medikamente verschreiben und sonst nichts tun, einerseits und den Sozialpsychiatern andererseits nicht mehr so tief wie noch vor 10 oder 20 Jahren, doch es gibt noch nicht viele Studien zur Wirksamkeit von Psychotherapie für diesen PatientInnenkreis. Buckremer sprach nun von seinen Forschungen auf diesem Gebiet und nannte die Merkmale einer sinnvollen Psychotherapie: Weniger konfliktorientiert und eher rehabilitativ, die Affektualisierung

vermeidend und auf eine intrapsychische Harmonisierung abzielend kann sie die Kranken befähigen, ihre Frühwarnsymptome zu erkennen, den nächsten Schub hinauszuschieben oder zu vermeiden und damit weitere Krankenhausaufenthalte zu erübrigen oder doch wenigstens zu verkürzen. Allerdings: Die Psychotherapie für Schizophrene wirkt, solange sie andauert, muss also lebensbegleitend sein. Und: Sie hilft im Allgemeinen nur zusätzlich zu den Medikamenten, macht diese keineswegs überflüssig.

### Selbstverletzung

Dr. Elisabeth Ehmman-Hänsch aus Lengerich berichtete über "Selbstverletzung bei jungen Menschen - Erfahrungen, medizinische Hilfe und zukünftige Strategien der Kooperation" - wobei der letzte Teil des Titels wegen des Zeitdrucks gegen Ende der Veranstaltung leider etwas kurz wegkam. Ausführlich jedoch - und zum Teil grausig - war der Teil "Erfahrungen". So einige ZuhörerInnen erschauerten, als sie erfuhren, dass neuerdings Schädelreparaturen (da lassen sich Menschen ohne ausreichende Betäubung und ohne irgendwelchen Sinn und Zweck Löcher in die Schädeldecke bohren) wieder in Mode sind oder dass Jahr für Jahr 60 Zungen nach einem Piercing sich so übel und therapieresistent entzündeten, dass sie amputiert werden müssen. Da muten einen die Unterarmritzerien junger Mädchen, die wohl jeder und jede im Bekanntenkreis kennt, vergleichsweise harmlos an. Die sind es aber wahrscheinlich, die aus einer so großen psychischen Not heraus vorgenommen werden, dass man sie als Hilfeschrei sehen muss, während die vielfältigen Formen der "Body Modification" eher eine Modeerscheinung sind.

Selbstverletzung junger Menschen stellt Eltern und andere Bezugspersonen vor schier unlösbare Fragen; klar jedoch behauptet Dr. Ehmman-Hänsch, dass sie nicht suizidal ist, sondern im Gegenteil der Selbsterhaltung dient - die Jugendlichen fügen sich Wunden und Schmerz zu, um sich wahrzunehmen, sich ihrer Lebendigkeit zu versichern. Sie ritzen und schneiden zur Affektabfuhr - "Wo sollen die Menschen mit ihren Affekten hin, wo sie doch schon lange nicht mehr artgerecht leben?", fragt Dr. Ehmman-Hänsch.

Anders als die beiden ersten Referenten trug sie keine Forschungsergebnisse vor. Wusste man nach den vorhergegangenen Vorträgen (oder glaubte es auch nur zu wissen), was zu tun ist, ließ dieser Vortrag viele Fragen offen. Da die in Frage kommenden PatientInnen keine einheitliche Diagnose haben, wird es auch kaum möglich sein, klare Antworten auf die Frage nach wirksamer Therapie zu finden. Und so ließ die Referentin den einen Zuhörer oder die andere ZuhörerIn unzufrieden zurück. □

Es gibt eine Alternative  
zum politischen Chaos  
in Wilhelmshaven!

Joachim Tjaden  
Ratsherr (parteilos)  
Joachim-Tjaden@freenet.de

## Ich kaufe hier

- natürlich. Es wäre ja wirklich total gaga, für eine Tüte Milch oder ein Kilo Äpfel aus der Stadt zu fahren. Oder habe ich da schon wieder mal etwas falsch verstanden?

Tja, in Wirklichkeit kaufe ich hier ganz vieles nicht. Nicht etwa, weil ich den Wilhelmshavener Kaufleuten das Geschäft nicht gönnen würde, sondern weil ich vieles hier einfach nicht kriege. Dass letzte Beispiel: Im Februar war in einer Wochenendausgabe der "WZ" auf der Unterhaltungsseite die Besprechung des Spiels "Gartenzwerge e.V.". Es klang ganz witzig, und ich legte den Ausschnitt beiseite, um bei Gelegenheit das Spiel zu kaufen. Neulich fiel mir der Zeitungs-ausschnitt beim Aufräumen wieder in die Hände, und da ich an dem Tag gerade in die Stadt musste, beschloss ich, das Spiel zu kaufen. Bei Karstadt riet man mir, es bei Lindemann und Lindemann zu versuchen - bestellen könnte man es mir nicht, denn man arbeite mit dem Verlag, in dem es erschienen ist, nicht zusammen. Bei Lindemann und Lindemann bekam ich telefonisch die gleiche Auskunft. Bei Dannmann habe ich es gar nicht erst versucht, weil ich da vor einiger Zeit bei einem anderen Kaufversuch schon erfahren hatte, dass die einem nichts bestellen. Ich habe das Spiel dann direkt beim Verlag bestellt.

Als ich im Bekanntenkreis von diesem Ärger erzählte, trat ich geradezu eine Lawine los. Der 14-jährige Jonas nutzt Berlin-Besuche, um sich einzukleiden, weil er hier weder Baggys in dem von ihm bevorzugten Schnitt noch die T-Shirts der unter Jugendlichen angesagten Marken (Bushido, Daven, Aggro Berlin) bekommt. Die Hosen, die er hier kriegen könnte, gefallen ihm nicht nur wegen des Schnitts nicht, sondern sie sind auch erheblich teurer als die "richtigen".

Uwe hat versucht, in Wilhelmshaven ein Paar Hallentennisschuhe zu kaufen. Er hatte am Ende sogar Glück und fand ein einziges einsames Paar in seiner Größe im letzten Geschäft, in dem er es probierte, aber bis dahin lief er ein Paar Sohlen durch auf dem Gang durch alle anderen Sportgeschäfte.

Hannes suchte für sein Prägegerät brother P-touch 60 die passenden Prägebänder. Alles, was er angeboten bekam, waren Bänder für die vorsintflutlichen Geräte, in denen noch mit Hartkunststoffen die Buchstaben in die Bänder geprägt wurden. Das P-touch wird millionenfach verkauft, ist aber offenbar in Wilhelmshaven weniger bekannt - für die Bänder musste er nach Oldenburg fahren.

Und er erzählt gleich weiter. Er ist Hobbyfilmer. Ein Videofilm vernüdelte sich in der Kamera. Um ihn nicht ganz zu ruinieren, blieb nur, den Film durchzureißen oder zu schneiden. Und dann? Früher haben wir Tonbänder und

Super8-Filme geklebt. Heute? Es muss doch Reparatursets für Videofilme geben! "Versuchen Sie es doch bei Photo Porst, das ist ein Fachhändler", riet man ihm bei ProMarkt. "So etwas werden Sie in Wilhelmshaven nicht bekommen", sagte man ihm dort jedoch. Bei fotopoint schaute ihn die hübsch gestylte Verkäuferin ungläubig an, als er seinen Wunsch vortrug - sie hielt ihn offenbar für einen Zeitreisenden aus der Vergangenheit.

Whisky- oder Whiskeytrinken - eine Weltanschauung, die man in Wilhelmshaven allerdings nicht so richtig ausleben kann. Wer den sanften, den Gaumen schmeichelnden irischen Whiskey liebt, hat es schwer. Eine Flasche Tullamore oder Kilkenny bekommt man leicht, aber für den qualitativ nicht besseren Paddy muss man einige Geschäfte ansteuern und hat mit viel Glück im zweiten Erfolg. Doch wer sich einen Jameson gönnen will, muss die Stadtgrenzen hinter sich lassen. Da kann man froh sein, dass man sich nicht auf schottische Qualitäten eingetrunknen hat - da bliebe wohl nur der Seeweg nach Helgoland! (noa)



# Mütter Zentrum

Werftstr. 45

Tel. 506 106

## Sommerfest im Secondhand- Shop

mit  
Spieleaktionen  
für die Kinder  
Modenschau  
Spielzeug-Tauschbörse  
Einkaufsschnäppchen  
Tombola

Cafeteria und  
Grillstand

Samstag  
6. August  
14.00 - 19.00 Uhr  
Danziger Str.31

Öffnungszeiten  
Cafe MüZe:

Sonntag bis Freitag

09.30 - 13.00

Mittwochs auch 15.00 - 18.00

Neu: Donnerstags ab 8.00

# leserbriefe

An die Gegenwind-Redaktion  
Zum Artikel: "Radikal Ja und Nein" im  
Gegenwind 208

## Fürs Vaterland

Vielen Dank für das schöne Interview mit Pastor Morgenstern, das ich leider nicht verstanden habe. Indes: Es kann ja wohl nicht so gewesen sein, dass der pensionierte Pfarrer Ronneberger einfach über Nacht ein solches Denkmal in die Garnisonkirche mogelt, ohne dass es jemand bemerkt hat und dass Herr Morgenstern dann vierzig Jahre später, rein zufällig von mir darauf aufmerksam gemacht, sich die Augen reibt und erstaunt fragt: Wie kommt das denn hierher? Es muss da 1959 oder irgendwann einen Beschluss des Gemeindekirchenrates gegeben haben, dem der damalige Pfarrer zugestimmt hat. Ich habe mich auf eine Broschüre bezogen, die in den neunziger Jahren gedruckt wurde und in der sich der damalige Bischof Harms äußert, ohne sich auch nur die Bohne von diesem skandalösen Denkmal zu distanzieren. Dass dort eine Reliquie der "Hohenzollern" hängt, macht den Skandal doch noch schlimmer: Wilhelm II., der in seinem Antisemitismus seinem Nachfolger im Amt und im Geiste, nämlich Adolf Hitler, in nichts nachstand, war verantwortlich dafür, dass diese 60.000 deutschen Menschen - die anderen Gefallenen sind ja offenbar nach Ansicht der oldenburgischen Kirche keine - gestorben sind - doch Schluss damit, ich werde zu wütend. Noch ein Detail: Im Krieg wurden 200 Mariner von Kriegsgewichten des 2. Admirals der Nordsee, der in Wilhelmshaven saß, zum Tode verurteilt und hingerichtet, die meisten auf dem Heppenser Groden - starben die auch für ihr Vaterland? Herr Morgenstern möge mir die Frage doch einmal beantworten.

Mit freundlichen Grüßen!  
Klaus Dede  
Schützenhofstr. 121a  
26133 Oldenburg

Die Veröffentlichung des folgenden Leserbriefes wurde von der Wilhelmshavener Zeitung abgelehnt. Nun machen wir's!

Sehr geehrte Damen und Herren,  
wir bitten, folgenden Leserbrief zu veröffentlichen:

## Wachstumsphantasien

Wir wünschen Wilhelmshaven eine gesunde Zukunft, von der besonders auch die Jugend, Bildung und Kultur profitieren sollten! Dazu gehören natürlich Arbeitsplätze aufgrund solider wirtschaftlicher Entwicklung. So ist die Freude über das Jade-Weser-Port-Projekt und eine Milliardeninvestition der Chemieindustrie nur verständlich.

Wir fragen uns aber, ob etwa die fast tägliche auch noch so belanglose WZ-Berichterstattung über den Tiefwasserhafen, oft im Jammerton, wenn Fragen oder Zweifel auftauchen, Ausdruck eines zu geringen Selbstbewusstseins Wilhelmshavens sein könnte, das an sich schon ein Entwicklungshemmnis wäre? Auch finden wir die wochenlange ausschließliche Erwähnung von Investitionssummen und Wachstumsphantasien zum Thema Chlor-Chemie-Standort Wilhelmshaven bemerkenswert!

Wir wünschen uns für unsere Stadt auch einen konstruktiv (selbst-)kritischen, ausgewogen recherchierenden Journalismus einer unabhängig und selbstbewusst auftretenden Zeitung. Diese könnte dann die Idee und schließlich den Mut haben, auch die Umweltverträglichkeit und das Gefahrenpotential einer gigantischen Chemieplanung von Ineos zu hinterfragen und Forum einer verbreiteten, durchaus kontroversen Meinungsbildung zu sein.

Bisher hinterließen die Pressemitteilungen bei uns den überwiegenden Eindruck, dass die einzig angemessen erscheinende Reaktion insbesondere auf den Investitionswillen der Chlorchemie eine Verbeugung vor den Milliarden ist.

Tania K. Hepp  
Michael M. Schlicksbier-Hepp  
Birkenweg 2  
26384 Wilhelmshaven

# Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak  
Legasthenietherapie  
Lese-/Rechtschreibtraining  
Diagnose und Beratung  
Auskunft und Anmeldung  
04421 - 99 64 70

**KULTUR - KOMMUNIKATION**

**HOTEL KLING KLING**

**WHV Zentrum  
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr  
MUSIK FÜR DICH**

**Frühstücken  
Partys - Konzerte**

Freitag, 1. Juli  
**GLOOMY FRIDAY**  
EBM - 80's - DarkWave - event

**Hu La PUnK**

Freitag  
22. Juli

(nicht nur) Punk-Hits im Hula-Tiki -Hawaii-Sound!  
**+ Grillparty!**

[www.kling-klang-whv.de](http://www.kling-klang-whv.de)



## Ich möchte sofort ein GEGENWIND-Förderabo!!

Vorname..... Name:.....

Straße:..... PLZ,Wohnort:.....

Geburtsdatum:..... Telefon:.....

Ich bin damit einverstanden, dass der GEGENWIND meinen Monatsbeitrag von

Euro ..... (mind. 3 Euro) im vierteljährlichen Lastschriftverfahren von meinem

Konto:.....Bank:.....Bankleitzahl.....

zugunsten des GEGENWIND-Kontos 500 355 bei der Volksbank Wilhelmshaven abbucht.

Ort:..... Datum: .....

Unterschrift:.....

Da ich nicht weiß, wo der GEGENWIND ausliegt, möchte ich ihn per Post zugestellt bekommen  
Absenden an: GEGENWIND, Adolfstr. 21, 26382 Wilhelmshaven oder eine eMail an:  
[gegenwind.whv@t-online.de](mailto:gegenwind.whv@t-online.de)

## Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **3,60 %** bei  
100 % Auszahlung  
Zinssatzfestschreibung: **10 Jahre**  
anfänglich effektiver  
Jahreszins: **3,66 %**

Zins p.a.: **3,95 %** bei  
100 % Auszahlung  
Zinssatzfestschreibung: **15 Jahre**  
anfänglich effektiver  
Jahreszins: **4,02 %**

### Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:  
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE

# meldungen

**DGB**

**DGB-Kreisverband  
Wilhelmshaven hat  
einen neuen Vor-  
stand**

**Der DGB-Kreisverband  
Wilhelmshaven führte am Montag,  
20.06.2005 im Gewerkschaftshaus in der  
Weserstraße 51 seine Delegiertenversamm-  
lung durch. Die von den Mitgliedsgewerk-  
schaften benannten Delegierten wählten ei-  
nen neuen Vorstand.**

Zur Kreisverbandsvorsitzenden wurde Dorothee Jürgensen (ver.di), André Scharf (IG Bergbau-Chemie-Energie) und Howard Jacques (ver.di) zu ihren Stellvertretern gewählt. Schriftführer Horst Blumhagen (Gewerkschaft der Polizei) und Beisitzende Meike Georgi (IG Metall) komplettieren den DGB-Vorstand aus Wilhelmshaven.

Zuvor hatte die alte und neue DGB-Vorsitzende in ihrem Geschäftsbericht einen kurzen Rückblick auf die vergangenen vier Jahre DGB-Arbeit gegeben. Gegen Sozialabbau, für eine gerechte Gesundheitsreform, für mehr Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze, für sichere Renten, für eine qualitativ hochwertige Bildung, gegen den Krieg im Irak und für vieles mehr haben sich der DGB und die Mitgliedergewerkschaften im Zeitraum des Geschäftsberichtes eingesetzt.

Die Teilnahme mit über 600 Kolleginnen und Kollegen aus Wilhelmshaven an dem Aktionstag gegen Sozialabbau am 03. April 2004 in Berlin war ein herausragendes Ereignis.

"Aufstehn, damit es endlich besser wird!", dieses Motto des Aktionstages in Berlin 2004 wird auch zukünftig die Devise des DGB in Wilhelmshaven sein.

Die Themen wie Sozialabbau, Angriffe auf die Arbeitnehmerrechte und Tarifautonomie werden den neuen Vorstand auch in den nächsten Jahren beschäftigen. "Politik muss für den Menschen gemacht werden und sich nicht gegen sie richten", sagte Dorothee Jürgensen. "Wir werden uns weiterhin einsetzen für eine soziale und gerechte Politik", so Jürgensen weiter.



Mit viel Brimborium wurde am 6. Mai 2005 der erste Spatenstich für den Hotelneubau "Holiday Inn" an der Jadestraße begangen. Und dann kam es wie es in Wilhelmshaven eben so kommt: Ein Spatenstich ging etwas tief und man fand Öl! Das passt ja zu einem Hotel, in dem laut Betreiber-Angaben die Scheichs aus Arabien sich die Klinke in die Hand geben werden. Mit dem Öl kam dann allerdings noch richtiger giftiger Sumpf an die Oberfläche. Von Schmiergeldzahlungen und verschwiegenen Baulasten war plötzlich die Rede. Der Planer des Projektes Dipl.-Ing. Rüdiger Tober zeigte sich erfreut, dass die Finanziers des Multi-Business-Centers die fällige Kaufsumme von 1,5 Millionen noch nicht überwiesen hatten. Wer letztendlich für die Beseitigung der Altlast (Kosten ca. 800.000 Euro) zur Kasse gebeten wird, steht noch in den Sternen. Oder ob nun Bullermeck mit seinem Hotel an der Strandhalle zum Zuge kommt? Der Eröffnungstermin "Sommer 2006" wird wohl erst einmal nicht zu realisieren sein. (hk)

## Arbeitsgruppen der ALI

Vielen Mitgliedern der ALI reicht es nicht, einmal im Monat zwei Stunden lang einem Vortrag zu lauschen. Sie wollen mehr tun. Andererseits hat der Vorstand recht viel zu tun. Allein schon die Montagsdemonstrationen zu organisieren und vorzubereiten macht schon einiges an Arbeit. Anders als in anderen Städten haben die Arbeitslosen und anderen Agenda 2010-Gegner in Wilhelmshaven die Demos nämlich nicht zum Jahreswechsel eingestellt, und nach wie vor treffen sich jeden Montag 40 bis 50 Menschen auf der Rambla. Dem Vorschlag des Vorstandes folgend trugen sich diejenigen, die gern mehr tun wollen als nur die Monatsversammlungen zu besuchen, in die Listen ein, um (zunächst einmal) folgende Arbeitsgruppen personell zu bestücken: Demo-Vorbereitung; Transparente, Flugblätter; Infostände; Pressearbeit; Mitgliedergewinnung.

## Endlich Sieger!

Nachdem wir in den letzten Monaten viele 2. Plätze für Wilhelmshaven melden konnten/durften/mussten, können wir endlich mal einen richtigen Sieg feiern: Wilhelmshaven hat die dicksten Kinder. So berichtete die "WZ" am 4. Juni. (noa)

# WASG

**Die Wahlalternative**

**Anderer Politik ist möglich. Jetzt mitgestalten.**  
04421- 46 68 36  
[www.w-asg.de](http://www.w-asg.de)

## Anzeige

## WALLI bleibt WALLI

Die Mitgliederversammlung der Wilhelmshavener Alternativen Liste (WALLI) weist die Darstellung der Austrittsgründe von Joachim Tjaden (s. Gegenwind, Jeversches Wochenblatt, Wilhelmshavener Zeitung etc.) entschieden zurück.

Entscheidend für das Zerwürfnis mit

fast allen Mitgliedern war seine eigenmächtige Politik, die basisdemokratische Grundsätze missachtete. Joachim Tjaden hat seine Politik gemacht, die nicht immer die der WALLI war. Einzelkämpfer können durchaus etwas bewirken, aber sie sollten ihre Politik allein betreiben und nicht mit dem Namen ihrer Parteien bzw. WählerInnen-Initiativen ihre eigenen Ziele durchsetzen.

Die Wilhelmshavener Alternative Li-

ste (WALLI) steht nach wie vor für Gleichberechtigung, Umweltschutz, Tierschutz, Basisdemokratie, soziale Gerechtigkeit, Umverteilung von oben nach unten und soziale BürgerInnen-Rechte für alle Menschen. Die Verhinderung des JadeWeserPorts ist hierbei ein wichtiger Politik-Eckpunkt. WALLI lädt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zur Mitarbeit herzlich ein.

### Treffen der WALLI:

Jeden 1. u. 3. Montag im Monat um 20.00 Uhr in der Gaststätte "Am Kreuzelwerk" Freiligrathstr. 432, WHV

### WALLI

Wilhelmshavener Alternative Liste  
Tel./Fax: 04421 879249  
E-Mail: [w.alli@web.de](mailto:w.alli@web.de)

### Spendenkonto:

Postbank Hannover  
Konto Nr. 902894-309  
BLZ: 250 100 30  
Spendenquittung